

Antrag
des
Bildungs-Ausschusses

über den Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Zeidler-Beck, MBA
betreffend Grundzüge der Finanzbildung und des Arbeitsrechts im Schulunterricht

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Die NÖ Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten und sich dafür einzusetzen, dass

- anlässlich der aktuellen bundesweiten Evaluierung von Lehrplänen der Sekundarstufe II die verstärkte Berücksichtigung des Arbeitsrechtes in den Lehrplänen der Sekundarstufe II geprüft werden soll und
- die intensivere Vermittlung von Finanzbildung als fächerübergreifendes Thema in Primar- und Sekundarschulen eingeführt wird, indem diese Kompetenzen, wie im Strategiepapier „Die nationale Finanzbildungsstrategie“ des BMF beschrieben, ab 2023 in den Lehrplänen für Schulen verankert werden.

2. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO 2001 wird der Antrag Ltg.-1912/A-3/643 miterledigt.“

Aigner
Berichterstatterin

Schindele
Obfrau